

**Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang der
öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Baden-Baden und
der Wasserversorgung des Reblands
in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 17. Februar 1983**

Auf Grund der §§ 4, 10 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 22. Dezember 1975 (Gesetzblatt 1976 Seite 1) und der §§ 2, 9 und 10 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Fassung vom 3. August 1978 (Gesetzblatt 1978 Seite 393) hat der Gemeinderat der Stadt Baden-Baden in der Sitzung am 2.12.1981 die nachstehende

**Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang der
öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Baden-Baden
und der Wasserversorgung des Reblandes**

beschlossen:

§ 1

Allgemeines

- (1) Die Stadt Baden-Baden betreibt über die Stadtwerke als Eigenbetrieb und über die Energie- und Wasserversorgung Rebland GmbH als Tochtergesellschaft die Wasserversorgung der Grundstücke ihres Gebietes mit Trinkwasser. Versorgt werden Einwohner, gewerbliche Betriebe und Industriebetriebe. Das Rechtsverhältnis zwischen den Stadtwerken, der Rebland GmbH und den Anschlussnehmern ist privatrechtlicher Natur, gemäß der AVB Wasser V. Art und Umfang der Wasserversorgungsanlagen bestimmt die Stadt (Stadtwerke).
- (2) Unbeschadet der privat-rechtlichen Wasserabgabe wird, gemäß § 35 AVB Wasser V, der Anschluss- und Benutzungszwang öffentlich-rechtlich im Sinne einer Ortssatzung geregelt. Diese Regelung ergibt sich aus dem ungünstigen strukturellen Verhältnis zwischen der Größe der Wasserwerke, insbesondere auch der Bereitstellung der Spitzenleistung, zur verhältnismäßig geringen Abgabe auf Grund der geographischen Weiträumigkeit und großen Zonenzahl. Die Möglichkeit nur eines Teil- oder Spitzenwasserbezuges bei Betrieb von Eigenversorgungsanlagen ist dem WVU aus wirtschaftlichen Gründen nicht zumutbar.

§ 2

Grundstücksbegriff - Grundstückseigentümer

- (1) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist, unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung, jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (2) Die in dieser Satzung für Grundstückseigentümer erlassenen Vorschriften gelten auch für Erbbauberechtigte oder ähnlich zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte. Von mehreren dinglich Berechtigten ist jeder berechtigt und verpflichtet; sie haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Anschlusszwang

- (1) Die Eigentümer von Grundstücken, auf denen Wasser verbraucht wird, sind verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgungsanlage anzuschließen, wenn sie an eine öffentliche Straße (Weg, Platz) mit einer betriebsfertigen Versorgungsleitung grenzen oder ihren unmittelbaren Zugang zu einer solchen Straße durch einen Privatweg haben. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude zum dauernden Aufenthalt von Menschen, so ist jedes Gebäude anzuschließen.

§ 4

Befreiung vom Anschlusszwang

Von der Verpflichtung zum Anschluss wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn der Anschluss ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann. Der Antrag auf Befreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt (Stadtwerke) einzureichen.

§ 5

Benutzungszwang

Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserversorgungsanlage angeschlossen sind, ist der gesamte Bedarf an Wasser im Rahmen der AVB Wasser V ausschließlich aus dem öffentlichen Versorgungsnetz zu decken (Benutzungszwang). Verpflichtet sind die Grundstückseigentümer und alle Benutzer der Grundstücke.

§ 6

Befreiung von Benutzungszwang

- (1) Von der Verpflichtung zur Benutzung wird der Grundstückseigentümer auf Antrag befreit, wenn die Benutzung ihm aus besonderen Gründen auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls nicht zugemutet werden kann.
- (2) Die Stadt (Stadtwerke) räumt dem Grundstückseigentümer darüber hinaus im Rahmen des ihr wirtschaftlich Zumutbaren auf Antrag die Möglichkeit ein, den Bezug auf einen von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken.
- (3) Der Antrag auf Befreiung oder Teilbefreiung ist unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Stadt (Stadtwerke) einzureichen.
- (4) Der Grundstückseigentümer hat dann der Gemeinde vor Errichtung einer Eigengewinnungsanlage Mitteilungen zu machen. Er hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentliche Wasserversorgungsnetz möglich sind.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten, Zwangsmittel

Die Zwangsvollstreckung richtet sich nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1982 in Kraft*. Gleichzeitig treten folgende Satzungen außer Kraft:

- a) Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Baden-Baden und über die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 20.12.1965 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 15.12.1967 und 19.6.1974
- b) Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Stadt Baden-Baden vom 14.2.1967 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 6.6.1967, 15.12.1967, 22.7.1969, 26.5.1972, 15.3.1974, 29.9.1978 und 18.2.1980
- c) Satzung der ehemaligen Gemeinde Ebersteinburg über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und über die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 18.12.1967 in der Fassung der Änderungssatzung vom 5.3.1973

- d) Satzung der ehemaligen Gemeinde Neuweier über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und über die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 9.12.1965 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 19.12.1967, 14.10.1969, 15.3.1974 und 29.9.1978
- e) Satzung der ehemaligen Gemeinde Sandweier über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 22.12.1966 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 15.12.1967, 22.4.1968, 25.2.1970, 31.3.1971, 28.1.1974 und 14.12.1977
- f) Satzung der ehemaligen Gemeinde Steinbach über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und über die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 21.3.1966 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 22.12.1969, 21.12.1970, 15.3.1974 und 29.9.1978
- g) Satzung der ehemaligen Gemeinde Varnhalt über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und über die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) vom 16.12.1966
- h) Beitrags- und Gebührensatzung der ehemaligen Gemeinde Varnhalt vom 16.12.1966 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 19.1.1968, 1.7.1971, 15.3.1974 und 29.9.1978

Baden-Baden, den 11.12.1981

Der Oberbürgermeister

*) Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten der Satzung in ihrer ursprünglichen Fassung vom 11. Dezember 1981.

Die 1. Änderungssatzung trat am 1. März 1983 in Kraft.